

6. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Golßen

**Abwägungsprotokoll** (Beteiligung der Öffentlichkeit durch Offenlage in der Zeit vom 12.02.2024 – 15.03.2024 sowie der Behörden und sonstigen TÖB mit Schreiben vom 28.11.2023

Stand: 15.03.2024

## **Teil II. Beteiligungsverfahren der Behörden / sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. §4 Abs. 1 BauGB**

Im Beteiligungsverfahren wurden 19 Behörden / sonstige Träger öffentlicher Belange beteiligt.

Folgend aufgeführte 8 Beteiligte gaben keine Stellungnahme ab:

1. Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege, Abt. Baudenkmalpflege
2. Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege, Abt. Bodendenkmalpflege
3. Deutsche Telekom AG
4. Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald
5. Zentraldienst der Polizei / Kampfmittelbeseitigungsdienst
6. Landesamt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung
7. Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH
8. Amt Unterspreewald

Von den 8 Beteiligten, die keine Stellungnahme abgegeben haben, sind keine Belange bekannt, die in die Abwägung einzustellen wären.

11 Beteiligte gaben eine Stellungnahme ab.

Hiervon haben folgend aufgeführte 10 Beteiligte keine Einwendungen vorgebracht:

1. Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
2. Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe
3. TAZV
4. Stadt- und Überlandwerke Luckau Lübbenau
5. EWE Netz GmbH
6. Landesbetrieb Straßenwesen
7. Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen
8. Gewässerunterhaltungsverband „Obere Dahme-Berste“
9. Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung, Gemeinsame Landesplanungsabteilung
10. Gemeinde Baruth/Mark

Folgend die Abwägung zu den vorbrachten Einwendungen, Bedenken und / oder Hinweisen:

Lfd. Nr., Behörde Datum d. Stellungnahme	Sachpunkt	Kurzzinhalt der Stellungnahme	Prüfung / Abwägungsvorschlag
<b>1. Landkreis Dahme- Spreewald</b> Stellungnahme vom 05.01.2024	<u>1.1. Untere Naturschutz behörde</u>	<p>1. Einwendungen keine</p> <p>2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:</p> <p>Alle Anforderungen gemäß der Anlage 1 zu § 2 Abs. 4 BauGB sowie §§ 2a und 4c BauGB sind zu erfüllen.</p> <p>b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung: Insbesondere hinsichtlich des Artenschutzrechtes nach § 44 BNatSchG und des Biotopschutzes nach § 30 BNatSchG ist grundsätzlich zu prüfen, ob der Ausführbarkeit der Planung entsprechende, nicht überwindbare Sachverhalte entgegenstehen könnten.</p> <p>Die Methoden und Mindeststandards bei der Feststellung des Arteninventars hat sich grundsätzlich am Stand der wissenschaftlichen Forschung und an den sich daraus ableitbaren Qualitätsstandards zu orientieren. Die im Plangebiet vorkommenden Biotop sind als eine der Grundlagen für Artenschutzprüfungen in einer eigenen Kartierung zu erfassen.</p> <p>3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen: Keine</p> <p>4. Weiter gehende Hinweise:</p> <p>Im Umweltbericht sind die Umweltauswirkungen auf die einzelnen Schutzgüter (z. B. Boden, Wasser,</p>	<p><b>Sachaufklärung und Abwägung der Stadt Golßen:</b></p> <p>Die gegebenen Hinweise zum Untersuchungsumfang des Umweltberichts wurden zur Kenntnis genommen. Da es sich vorliegend um ein paralleles Planverfahren (1. Änderung des VEP „Wohnbebauung Am Joachimsteich / Mühlenstraße“ der Stadt Golßen) handelt, findet auf Grundlage §2 Abs. 4 Satz 5 BauGB die Umweltprüfung für den Bebauungsplan auch für das Flächennutzungsplanverfahren Verwendung. Die Dokumentation der Umweltprüfung wird der Begründung zur 6. Änderung des FNP mit Bestandteilen</p> <p>-Umweltbericht gem. §2a BauGB -Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag - Prüfung des gesetzlichen Artenschutzes gemäß § 44 BNatSchG</p> <p>beigefügt.</p> <p><b>Keine Abwägung erforderlich</b></p>

		<p>Tiere, Pflanzen usw.) zu beschreiben und zu bewerten. Es sind die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern darzustellen. Bei der Ermittlung der Auswirkungen des Vorhabens auf Naturhaushalt und Landschaft, insbesondere auf das Schutzgut Boden und Biotope, ist die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung (§§ 14 und 15 BNatSchG) zu beachten und die zugehörige Kompensation im Plangebiet vorzubereiten. Gemäß § 1a Abs. 3 BauGB hat der Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft durch geeignete Darstellungen nach den § 5 BauGB als "Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich" vorrangig im Plangebiet oder generell innerhalb der Gebietskörperschaft zu erfolgen. Durch die Gemeinde sind im Flächennutzungsplan entsprechende Flächen herauszuarbeiten und darzustellen.</p> <p>Im Umweltbericht ist die Betroffenheit geschützter Arten (alle wildlebenden Vögel und die Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie) darzulegen.</p>	
--	--	--	--

## Teil II. Beteiligungsverfahren der Öffentlichkeit gem. §3 Abs. 1 BauGB

Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind die Belange, die für die planerische Konfliktbewältigung von Bedeutung sind (abwägungserhebliche Argumente), zu ermitteln und zu bewerten. Gem. § 1(7) BauGB sind die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen.

Im Beteiligungsverfahren der Öffentlichkeit gem. §3 Abs. 1 BauGB wurden keine Äußerungen / Stellungnahmen abgegeben.